

Deutsche Rundschau

früher Ostdeutsche Rundschau

in Polen

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg frei Haus vierteljährlich 63 Mark, monatlich 21 Mark. In den Ausgabestellen vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — Bei Postbezug ohne Bestellgeld vierteljährlich 60 Mark, monatlich 20 Mark. — **Einzelnnummer 1,50 Mk.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: 3 Mk. für die 38 mm breite Anzeigenzeile, 1,50 Mk. für private Stellenanzeigen, 10 Mk. für die 89 mm breite Anzeigenzeile. — Bei bindenden Plakatschriften: Anzeigenzeile 3,50 Mk., Reklamezeile 12 Mk. — Für Aufträge aus dem Auslande deutsche Mark. — Offerten- und Ankündigungsgebühr 2 Mk. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Polstsch-Ronto Stettin 1847.

Nr. 18.

Bromberg, Sonntag den 23. Januar 1921.

45. Jahrg.

Die Programmrede des Ministerpräsidenten Briand.

Paris, 20. Januar. Ministerpräsident Briand hielt eine Programmrede, in der es u. a. heißt: Die Regierung kennt alle Schwierigkeiten ihrer Aufgabe, sie erklärt sich bereit, diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten. Wir haben mit Deutschland einen Friedensvertrag, aber wir haben noch nicht den Frieden, den wirklichen Frieden, der einzig fest und dauerhaft sein kann, nämlich den Frieden der Gerechtigkeit und Sittlichkeit, welcher die wesentlichen Rechte Frankreichs bekräftigt und seine Sicherheit bestätigt. Wir werden diese für unsere Zukunft unentbehrliche Sicherheit nur erlangen, wenn Deutschland einwaffnet sein wird. Für uns alle ist es eine Lebensfrage, welche der Regierung ihre heiligste und ihre erste Pflicht vorschreibt; wir werden nicht verfehlen, diese Pflicht zu erfüllen. Die Wiederherstellung unseres verwüsteten Bodens, unserer zerstörten Industrie, sowie unserer Finanzen ist nur möglich, wenn Deutschland die Wiedergutmachung erfüllt, die der Versailler Vertrag ihm auferlegt. Zu diesem Zwecke haben uns unsere Verbündeten ihre Unterstützung gegeben. Die Wiedergutmachung des großen Krieges und die Befestigung des Friedens beruhen auf der Ausführung des Friedensvertrages. Deutschland ist besiegt, aber keine einzige der deutschen Fabriken ist zerstört worden, die deutsche Erzeugungskraft ist bestehen geblieben. Die Vorkriegsverhältnisse, denen es infolge seiner Niederlage erliegen muß, eröffnen Deutschland Hoffnung für seine wirtschaftliche Ausdehnung. Es ist möglich, daß Deutschland sich rasch erholt, das Wohlergehen des angrenzenden Volkes kontrastiert mit dem Ruin des neureichen Volkes, und es ist eine Herausforderung gegen die elementarste Moral, welche Frankreich nicht annehmen kann. Frankreich wird Deutschland in Frieden zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bringen. Frankreich verlangt alles, was man ihm schuldet. Worauf es am meisten ankommt, ist, daß die Zahlungsfähigkeit des Schuldners in Geld und in natura zugunsten des Gläubigers sich geltend macht. Das ist die Gerechtigkeit, dies sind unsere Absichten, das ist unser Ziel. Dies Ziel kann nur erreicht werden durch ein enges Einvernehmen zwischen den Verbündeten und uns. Wir werden alles tun, um dieses Einvernehmen aufrecht zu erhalten und zu entwickeln. Wir haben die feste Überzeugung, daß England, unser großer Freund und Verbündeter, uns dabei mit all seiner Kraft unterstützen wird. Die aufrichtige Einigkeit beider Länder, Frankreichs und Englands, sichert den Weltfrieden. Mit Italien werden unsere Beziehungen darauf ausgehen, jeden Tag die Bande, welche der Krieg schon so glücklich geknüpft hat, fester zu knüpfen. Die Jahrhunderte alte Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika sichert unsere Einigkeit im Frieden wie im Kriege mit Amerika. Wir sind überzeugt, daß unsere amerikanischen Freunde uns für die Entschädigung unserer Schäden die gleiche Unterstützung gewähren werden, welche den großen Krieg entschieden hat. Unsere Beziehungen mit unseren Freunden und Verbündeten in Mitteleuropa sind nach wie vor von den Vertrauensgefühlen, die während des Krieges entstanden sind, beherrscht, während dessen wir für den Triumph der nationalen Bestrebungen Polens gekämpft haben, für Rumänien, Tschechien und Jugoslawien.

Die Lage im Orient erheischt ganz besonders unsere Aufmerksamkeit. Es ist dringend nötig, daß der Friede mit der Türkei verwirklicht wird, und daß entsprechend den neuen Verhältnissen die Besprechungen auf freundschaftlichem Fuße mit unseren Verbündeten fortgesetzt werden, auf welche Weise die orientalische Frage zu lösen sei.

Im gegenwärtigen Zustand können wir so wenig wie die früheren Kabinette die Regierung der Sowjets anerkennen. Wir werden die Beziehungen mit Rußland nur aufnehmen, wenn in Moskau eine Regierung sitzt, welche wirklich das russische Volk repräsentiert und bereit ist, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche von den früheren russischen Regierungen übernommen worden sind. Der Volkswille ist eine russische Angelegenheit, solange er innerhalb der russischen Grenzen bleibt, und wir haben nicht die Absicht, uns in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen. Wer es versucht, uns auszuweichen, daß wir zulassen, daß die Sowjetarmeen aus ihren russischen Gebieten herauszutreten, um unsere Verbündeten anzugreifen.

Das ist das Programm der äußeren Politik, welches wir der Zustimmung des Kabinetts unterbreiten.

Briand und der deutsche Botschafter über das Reparations-Problem.

Paris, 20. Januar. Am 18. Januar abends hat der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Fragen der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Das hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage dieser Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer interalliierten Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei das insofern mäßig, als das deutsche Volk dann immer noch kein Ende absehe und fürchten würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenparteien unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der alliierten Mächte gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren, einschließlich der Kohlenlieferungen, mehr als einen Teil der verlangten Summe und anders als in natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab daraufhin seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

Die Optionsfrage im Deutschen Reichstag.

Berlin, 20. Januar. Bei der ersten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über den Vertrag zwischen dem Reich und Danzig zur Regelung von Optionsfragen, wies Abgeordneter Schulz-Bromberg (Deutschnationale Volkspartei) darauf hin, daß die Optionsfragen als von Grund auf endgültig geregelt werden müssen, zumal die preussischen Wahlen vor der Tür stünden. Die Polen haben in der Optionsfrage bereits Behörden eingerichtet, die jeden Deutschen zwingen, sich zu entscheiden. Wir müssen unverzüglich daselbe tun. v. Krenn (Deutsche Volkspartei): Wir sind der Ansicht, daß nach Artikel 306 des Friedensvertrages die Danziger von dem Optionsrecht innerhalb 12 Monaten Gebrauch machen können, andererseits ist es aber zu wünschen, daß möglichst wenige davon Gebrauch machen. Es ist viel wichtiger, wenn die Danziger in ihrem eigenen Interesse auf ihrem Posten bleiben und sich vor weiterer Bedrückung schützen. Von Regierungsseite wird erklärt, daß bisher noch kein Vertragsabschluß mit Polen in dieser Frage erreicht worden ist. Abgeordneter Schulz (Deutschnationale Volkspartei) wirft der Regierung Interessenlosigkeit für die Deutschen im polnischen Gebiet vor und wiederholt seine Forderungen.

Der polnische Senat.

Warschau, 21. Januar. (P.M.) Die Verfassungskommission hat nach einem Bericht des Vorsitzenden den § 36 des Verfassungsentwurfs in folgendem Wortlaut angenommen:

Der Senat setzt sich zusammen 1. aus Mitgliedern, die durch die einzelnen Wojewodschaften in jedem Kreise auf Grund der geheimen, direkten, gleichen und der Verhältniswahl gewählt werden. Jede Wojewodschaft und jeder Bezirk wählt die Senatsmitglieder im Verhältnis zur Zahl der Mandate für den Sejm. Diese Zahl beträgt ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl den vierten Teil der Sejmmandate. Das Recht zur Senatswahl hat jeder Sejmwyähler, der am Tage der Bekanntgabe der Wahlen das 20. Lebensjahr vollendet hat und an diesem Tage im Bezirk mindestens seit einem Jahre ansässig ist. Es verlieren jedoch nicht das Wahlrecht die neu angesiedelten Kolonisten, die sich die Agrarreform zunutze gemacht und ihren bisherigen Wohnort aufgegeben haben. Gewählt werden kann jeder Senatswyähler, der das 40. Lebensjahr beendet hat, auch aktive Militärpersonen können gewählt werden, sofern sie 40 Jahre alt sind. 2. Auf Grund der Wahlordnung werden besonders in den Senat gewählt: a) fünf Vertreter der katholischen Kirche in Polen, darunter mindestens ein Vertreter der unierten Kirche, b) der drei stärksten Religionsgemeinschaften, c) je ein Vertreter der höchsten Unterrichtsanstalten, d) je ein Vertreter jeder Abteilung der obersten Wirtschaftskammer der Republik Polen. Wähler, die an den unmittelbaren persönlichen Wahlen teilnehmen, haben kein Recht zur Teilnahme an den allgemeinen Senatswahlen. Die Session des Senats beginnt und endet mit der Session des Sejms.

Republik Polen.

Telegrammwechsel zwischen Briand und Pilsudski.

Der französische Ministerpräsident Briand sandte ein Telegramm an den polnischen Staatschef, in dem es unter Bezugnahme auf dessen demnächstigen Besuch in Paris heißt: Ich freue mich, daß mir bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit gegeben werden wird, die Gefühle tiefster Sympathie für Ihr ruhmreiches Vaterland zu erneuern und der Hochachtung für Ihre Person Ausdruck zu geben, was ich schon jetzt zu tun mich beile, wobei ich Sie versichere, daß mein ganzes Trachten unaufhörlich auf die Festigung der Bande enger Freundschaft zwischen den beiden Staaten gerichtet sein wird.

In Pilsudskis Antworttelegramm heißt es: Ich empfinde die größte Freude, daß ich binnen kurzem mich auf französischer Erde befinden werde, wo ich den Präsidenten und Staatschef, Ihre tapfere Armee sowie deren große Führer werde begrüßen können und wo ich Ihre Schlachtfelder des Ruhms zu besichtigen die Ehre haben werde, auf denen die polnischen Fahnen neben den übrigen wehen. Ich bin überzeugt, daß mein Besuch in Paris und die Zusammenkunft der Vertreter beider Staaten zweifellos noch mehr die unzerbrechlichen Bande festigen wird, die Frankreich und Polen verbinden, wodurch das Glück und die Zukunft beider Völker sichergestellt werden.

Die Kabinettskrise ist beendet.

Die Vertreter aller Parteien, außer denen der äußersten Rechten und Linken, haben für das vom Klub der konstitutionellen Arbeit beantragte Vertrauensvotum für das Kabinett Witos gekimmt. Nur die Stawinski-Gruppe stimmte gegen das Vertrauensvotum. Der Nationale Volksverband, die Nationale Arbeiterpartei und die Polnisch-sozialistische Partei enthielten sich der Abstimmung.

Gegen die überstürzte Unifikation.

Posen, 20. Januar. Die polnischen zehn Abgeordneten des Bürgerverbandes, der nationalen Volksvereinigung, der nationalen Volkspartei und der christlich-nationalen Arbeiterpartei aus den Wojewodschaften Posen und Pommerellen beschloßen in gemeinsamer Sitzung, gegen die überstürzte Unifikation aufzutreten und weitere Schritte im Sinne der Unifikation von der Zustimmung der Abgeordneten aus den westlichen Wojewodschaften abhängig zu machen. Da die bisherigen Erfahrungen die Unmöglichkeit der Einführung eines zentralistischen Systems in Polen beweisen, werden die Abgeordneten für eine weitgehende verwaltungstechnische und gesetzgeberische Dezentralisation eintreten. Vertreter des Handels, der Industrie und der Finanzwelt, die an den Beratungen teilnahmen, erklärten, daß die deutschen Waren und Rohstoffe für Polen nicht so unentbehrlich seien, daß sie mit politischen Zugeständnissen erkauf werden müßten.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 20. Januar. Nach einer Meldung des „East-Express“ aus Paris hat die polnische Delegation bei der Botschafterkonferenz eine Note überreicht, in der sie die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen bezüglich der Grenzen, der Kirchengüter, der Militär- und Zivilpersonen, der von der deutschen Regierung mit polnischen Staatsbürgern abgeschlossenen Verträge, der Herausgabe der Akten und Dokumente, die sich auf das abgetretene Gebiet beziehen, und der Regelung verschiedener Finanzfragen verlangen. Die Botschafter-Konferenz antwortete am 15. Januar mit einer Note, in der sie vorschlägt, daß die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Sachverständigen der Botschafter-Konferenz Alphano wieder aufgenommen werden sollen. Der deutschen Regierung sei dieser Vorschlag gleichfalls unterbreitet worden.

Die Rigaer Verhandlungen.

Warschau, 20. Januar. Nach einer Meldung des „Przegląd Wiedeński“ begegnet die endgültige Festsetzung der polnischen Grenzen im Osten bei den Verhandlungen in Riga großen Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten werden der polnischen Friedensdelegation von den Bolschewisten gemacht.

Deutsches Reich.

Zum Oberbürgermeister von Berlin

Ist der Stadtkämmerer Böck (parteiloser Fachmann) mit 105 gegen 95 Stimmen, die auf den Sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl fielen, von der Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Maßlose Erregung von Seiten der Linken brach sich bei Verkündung des Wahlergebnisses Bahn, und nur mit Mühe konnte sich der Vorsteher Gehör verschaffen.

Die Strafverfolgung Erzbergers.

Die Staatsanwaltschaft hat den Abgeordneten Erzberger für dringend verdächtig gehalten, in dem Prozeß gegen Seiffert einen Meineid oder einen fahrlässigen Falschheid geleistet zu haben und beim Reichstag die Genehmigung der Strafverfolgung nachgesucht. Die Geschäftsordnungs-Kommission hat, entsprechend auch dem Wunsche Erzbergers, einstimmig beschlossen, im vorliegenden Falle von der Übung des Reichstages abzugehen und die Genehmigung zu erteilen.

Deutschlands Entschädigungsforderungen an Finnland.

Nach einer finnischen Meldung hat Deutschland für die militärische Hilfe während des finnischen Aufstandes im Jahre 1918 neuerdings 80 Millionen Reichsmark Entschädigung gefordert, 65 Millionen wurden bereits früher gezahlt.

In Mecklenburg

Ist nach dem Rücktritt des bisherigen gemischten Ministeriums durch Zusammengehen der Mehrheitssozialisten und Kommunisten ein rein sozialistisches Kabinett zustande gekommen. Ministerpräsident wurde der Mehrheitssozialist Stelling. Er stellte als wesentliche Aufgabe der neu gebildeten Regierung die Auflösung der Drösch dar. Er betonte auch die Reichstreue Mecklenburgs.

Protestnote gegen das oberschlesische Abstimmungsreglement.

Berlin, 21. Januar. Gegen das von der interalliierten Kommission in Oppeln am 13. Dezember 1920 erlassene Abstimmungsreglement hat die deutsche Regierung der Botschafterkonferenz und den Regierungen in Paris, London und Rom gestern eine Protestnote überreicht. In der Begründung geht die Note davon aus, daß das Reglement ohne Anhörung deutscher Stellen erlassen worden ist, währenddem Polen hinreichend Gelegenheit geboten wurde, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Das Abstimmungsreglement selbst werde Deutschland deswegen nicht gerecht, weil es verschiedene Abstimmungszeiten vorschreibe, die Vorbericht des ununterbrochenen Wohnsitzes in Oberschlesien seit 1904 und verschiedene praktische durchführbare Bestimmungen enthalte. Als gerechten Zeitpunkt für die Mindestdauer des Wohnsitzes in Oberschlesien gibt die Note den 1. Januar 1918 an.

Uebrigcs Ausland.

Vor Österreich Entscheidung in der Anschlussfrage.

Wien, 20. Januar. Bundeskanzler Dr. Meyer hat die Resolutionen, in denen der sofortige Anschluß Österreichs an Deutschland gefordert wird, an den Nationalrat weitergeleitet, der sich nunmehr mit der Frage befassen wird. Man ist in politischen Kreisen der Ansicht, daß nunmehr, zumal Österreich auch dem Völkerbund angehört, der Augenblick gekommen sei, in dem sich Österreich mit dem in dem Vertrage von St. Germain vorgesehenen Ansuchen an den Völkerbund wenden wird, den Anschluß an Deutschland für den Fall zu gestatten, daß sich die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung dafür aussprechen sollte. Wie von unterrichteter Seite gesagt wird, beginnen auch die übrigen Staaten bereits einzusehen, daß die Entscheidung über das endgültige Schicksal Österreichs in den nächsten Wochen getroffen werden muß und daß die Lage von Tag zu Tag mehr auf die Entscheidung sich anspannt.

Die Anskieferung der deutschen Fabrikationsgeheimnisse.

In seiner nächsten Sitzung wird sich der Oberste Rat mit der Frage beschäftigen, ob man von Deutschland die Anskieferung seiner chemischen Fabrikationsgeheimnisse verlangen soll. Churchill setzt sich in London bereits eifrig für die Durchsetzung dieser Forderung ein.

Die Gefahr von Osten.

Rom, 20. Januar. Wie „Corriere d'Italia“ mitteilt, hat Graf Sforza dem Ministeriat einen Bericht über die auswärtige Politik Italiens vorgelegt. Graf Sforza weist auf die Gefahr hin, die von Osten her drohe, und erklärt, daß die italienische Regierung beim Obersten Rat vorstellig

werden müßte, um die den Frieden bedrohende Gefahr zu beseitigen.

D'Annunzio in Paris.

Rom, 20. Januar. Am 18. d. M. hat d'Annunzio seine Verlassen und sich nach Paris begeben. Vor seiner Abfahrt nach Frankreich hat er den italienischen Behörden das Versprechen gegeben, daß er sich sämtlicher Agitation enthalten werde.

Auflösung eines slowakischen Kommunistenkongresses.

Reichenbach, 20. Januar. Am 16. und 17. Januar fand in Lubanet der Parteitag des revolutionären Proletariats aller Nationen der Tschechoslowakei statt. Nachdem eine Resolution angenommen worden war, derzufolge der Anschluß an die Dritte Internationale (Moskau) beschlossen wurde, drang Gendarmen in den Saal ein und trieb den Kongreß auseinander. Mehrere Teilnehmer, darunter zwei Abgeordnete, wurden verwundet.

Die Stärke der bolschewistischen Armee.

Nach einer Meldung der „Ruhunion“ fest sich die bolschewistische Armee gegenwärtig zusammen aus: 100 Infanteriedivisionen, 16–18 Schützendivisionen, 6 internationalen Infanteriedivisionen, bestehend aus Chinesen, Auslandskommunisten und ehemaligen Kriegsgefangenen, zwei Kavalleriedivisionen, fünf Kavalleriespezialabteilungen, einigen Artilleriebrigaden und technischen Hilfstruppen. Jede Division soll 18.000 Soldaten stark sein, tatsächlich zählen die Infanteriedivisionen nur 3600 Gewehre, die Kavallerieregimenter anstatt 800 nur 400 Säbel. Die Artillerie soll sehr kümmerlich ausgerüstet sein.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 22. Januar.

Gegen staatsfeindliche Gerüchte.

Das Ministerium für die ehemals preussischen Teilgebiete stellt fest, daß seit langem in einigen Zeitungen im abgetretenen Gebiet sowie in Warschauer Blätter Gerüchte über angebliche Unruhen in Polen verbreitet werden. Als deren Verfasser werden bezeichnet: „Fort mit den Beamten aus anderen Teilen Polens“ und „Fort mit der Zerstörung und der Hungersnot“.

Diese Gerüchte werden von einem Teil der hiesigen Bevölkerung in Cafés, Restaurationen und Straßenbahnen kritiklos verbreitet, was Beunruhigung bei der Allgemeinheit hervorruft. Das Ministerium für die ehemals preussischen Landesteile wendet sich an alle verständigen und gesund denkenden patriotischen Bürger mit der Bitte, die breiten Kreise aufzuklären, daß solche Gerüchte nur zum Zwecke des Hervorrufens von Unzufriedenheiten und Unruhen seitens äußerer als auch innerer Feinde Polens verbreitet werden, die mit Rücksicht auf die oberste politische Abstinenz und andere wichtige politische Ereignisse die öffentliche Meinung über unser Vaterland im Auslande ungünstig beeinflussen wollen.

Bei der Gelegenheit erklärt das Ministerium, daß die Beamtenstellen in erster Linie mit hiesigen Beamten und nur bei Mangel entsprechender Kandidaten mit Beamten aus anderen Landesteilen besetzt werden. Außer verbindlichen Ausnahmen gibt sich die Allgemeinheit über den Ernst und die Bedeutung unserer Lage Rechenschaft; indem das Ministerium sich auf diesen staatlich schöpferischen Nationalinstinkt stützt, ruft es die Allgemeinheit auf, Ruhe und Gleichmut zu bewahren und hiesigen niederträchtigen Gerüchten entgegenzutreten. Schließlich erklärt das Ministerium mit aller Entschiedenheit, daß es keinerlei Störungen der öffentlichen Ordnung durch staatsfeindliche Elemente zuläßt und mit gleicher Entschiedenheit sich gegen die Ausbreitung und Ausbreitung schädlicher und Ärgernis erregender Nachrichten und Gerüchte (gegen Defätisten) wenden wird.

Presse-Bureau des Ministeriums für das ehem. preuss. Teilgebiet.

Die Erhöhung des Zolltarifs.

Wie bereits gestern kurz mitgeteilt, ist das Zollgesetz um mehr als das Doppelte erhöht worden. Die im „Monitor Polski“ (Nr. 19) vom 11. Januar 1921 veröffentlichte Verordnung des Schatzministeriums hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 14 der Verordnung vom 26. Juni 1920 über den Zolltarif (Gesetzblatt der Republik Polen vom Jahre 1920, Nr. 51, Position 314) wird, was folgt, verordnet:

§ 1. Die Höhe des Aufgeldes (Akcio), das durch Verordnung vom 14. Januar 1920 auf 900 Prozent festgesetzt wurde, wird bis zu einer anderweitigen Regelung 1900 Proz. betragen. Diese Verordnung betrifft nicht Waren, die 1. in der Verfügung des Schatzministeriums sowie des Ministeriums für Gewerbe und Handel vom 26. November 1920 über Zoll-erleichterungen und in einer zweiten Verfügung derselben Ministerien vom 20. Februar 1921 über die Entrichtung des Zolls für einige Waren in Gold enthalten sind.

§ 2. Der bisher geltende Betrag des Aufgeldes kann vorabgehend für Waren beibehalten werden, die zur Beförderung mit der Bahn oder mit Schiff bis zum Tage vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung aufgegeben werden, sowie für Waren, die am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung auf Zollamtern, Eisenbahnen und halbamtlichen und privaten Speichern lagern. Die in § 2 erwähnten Erleichterungen verlieren ihre Gültigkeit nach Ablauf eines Monats vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an gerechnet.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1921 in Kraft. Gleichzeitig verliert die Verordnung vom 14. Januar 1920 (Gesetzblatt vom Jahre 1920, Nr. 5, Position 35) ihre Gültigkeit.

§ Ein Freiheitsdenkmal oder eine Gedenktafel soll in Bromberg aufgestellt werden. In der Kunst- und Gewerbeschule soll eine Sitzung stattfinden, in welcher diese Angelegenheit näher besprochen werden soll.

§ Erhöhung der Invalidenunterstützungen. Polnischen Blättermeldungen zufolge soll die staatliche Beihilfe für Invaliden, die gegenwärtig 250 Mark monatlich beträgt, auf 750 Mark monatlich erhöht werden.

§ Eine Spende für die deutschen Schulen. Für die deutschen Schulen in den an Polen abgetretenen Gebieten überreichen die Schüler der Hamburger Oberrealschule im Johanneum dem hiesigen Leiter der deutschen Schulkörperschaften in Polen, Spezialdirektor Trent, eine Spende von 10.000 Mark.

§ Die Sprache im Handelsverkehr. Der „Dz. Byd.“ schreibt: Zur Zeit der preussischen Herrschaft waren polnische Firmen gezwungen, deutsche Korrespondenten einzustellen, nachdem sie Handelsbeziehungen mit deutschen Firmen angeknüpft hatten. Viele Firmen aus Kongresspolen aber haben in der Vorkriegszeit deutsche Briefe zurückgewiesen und den Schriftwechsel in polnischer Sprache verlangt, um den polnischen Landsleuten in der Fremde eine Verdienstmöglichkeit zu geben. Dadurch waren deutsche Firmen gezwungen, polnische Korrespondenten einzustellen. Wenn deutsche Kaufleute weiterhin mit uns Handels-

beziehungen unterhalten wollen, so müssen sie mit uns in der polnischen Sprache verkehren. Im besonderen ist ein deutscher Schriftwechsel mit polnischen Behörden nicht zuzulassen; diese dürfen derartige Briefe überhaupt nicht annehmen. — (Die Ansicht, daß die Anknüpfung von Handelsbeziehungen, die doch nach den bisherigen Begriffen auf gegenseitigem Interesse beruht, von der Anwendung einer bestimmten Sprache abhängig gemacht werden soll, können wir durchaus nicht teilen, um so weniger, als den Deutschen in den abgetretenen Gebieten zur Erlernung der polnischen Sprache nicht die Zeit gelassen worden ist, die seitherzeit den polnischen Mitbürgern zugestanden wurde. Wir wissen auch aus Erfahrung, daß sehr viele polnische Korrespondenten die deutsche Sprache nicht derart beherrschen, daß sie das Interesse eines deutschen Geschäftes in der sonst üblichen Weise wahrnehmen könnten. Daß die Entwidlung des Landes nicht von dem Gebrauch einer bestimmten Sprache abhängt, dürfte doch die Erfahrung in anderen Ländern zur Genüge bewiesen haben. D. Schriftl.)

§ Reisende nach Danzig tun gut, sich vor der Abfahrt davon zu überzeugen, ob ihr Personalausweis (Paszport) noch gültig ist. Bekanntlich müssen die Ausweise von Zeit zu Zeit erneuert werden. Zur Ausreise nach Danzig ist ferner eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde beizubringen, die auch visiert werden muß. Dieser Tage wurden etwa 100 Reisende, die diese Vorschriften nicht beachteten, in Dirschau angehalten und nach Bromberg zurückgeschickt.

§ Die deutschen Zeitungen kommen nicht, beklagen sich darüber unsere Leser. Wir sind im selben Grade Leidtragende und können nur mitteilen, daß alles versucht wird, das Mysterium aufzuklären. Ein Herr, der im Interesse hiesiger Geschäftsleute am vorigen Sonnabend auf der Postdirektion vor sprach und auf den Schaden hinwies, wenn die polnische Handelswelt ohne Kenntnis der Waren- und Handelspreise im Auslande bliebe, erhielt ungefähr folgende vernünftige Antwort: „Der Direktion ist es vollkommen unbekannt, daß Zeitungen irgendwo zurückgehalten werden, es kann sich also nur um die Militärsensur handeln; wir werden sofort mit ihr in Verbindung treten. Von Montag ab werden Sie wohl wieder Zeitungen erhalten.“ — Seitdem sind sechs Tage ohne Eintreffen der bestellten deutschen Zeitungen ins Land gegangen.

§ Ausfluß polnischer Journalisten nach Kongresspolen. Das Syndikat polnischer Journalisten Kongresspolens und Galizien organisiert für Februar d. J. einen allgemeinen Journalistenausschlag nach Kongresspolen. Der Zweck des Ausfluges ist, das kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unseres Gebiets kennen zu lernen und mit den hiesigen Kollegen die Meinungen auszutauschen. Der Beginn des Ausfluges, der sieben Tage dauern soll, wurde auf den 27. Februar festgesetzt. Es sollen besucht werden: Polen, Galizien und Bromberg, sowie mehrere Dörfer und Güter Kongresspolens. Die Teilnehmer sollen freie Eisenbahnfahrt, freie Quartiere und andere Erleichterungen genießen.

§ Ein neuer Preis für Eier. Nach einer Bekanntmachung der Bromberger Preisfestsetzungsstelle ist als Höchstpreis für den Verkauf von Eiern bis auf weiteres der Preis von 6 Mark für das Stück festgesetzt worden. Der diesen Höchstpreis überschreitet, setzt sich der Gefahr der Bestrafung nach der Verordnung gegen Preiskreierei vom 8. Mai 1918 aus.

§ Der katholische Kindergartenbesuch in der Jesuitenkirche fällt am morgigen Sonntag aus, da auf dem Platze vor der Kirche Festlichkeiten veranstaltet werden. Das Schach mit findet bereits am 9½ Uhr statt.

§ Vortragsabend. Heute abend 8 Uhr wird die Abteilung für Kunst der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft im Saale der „Deutschen Bühne“ einen Vortragsabend über die Baukunst des Ordenslandes veranstalten. Der Redner, Herr Pfarrer Heuer, der Vorsitzende des Thorner Copernikusvereins, ist als Kenner der Ordensbaukunst rühmlich bekannt. Dem heutigen Vortrag über die Baukunst soll später ein eigener Abend über die Bildkunst des Ordenslandes folgen.

§ Der Kirchenchor der Jesuitenkirche St. Gregorius veranlaßt am Mittwoch, den 26. d. M., im Elysium einen Unterhaltungsabend, dessen Reinertrag für arme Kinder bestimmt ist.

§ Großer Betrug wird seit einiger Zeit in Bromberg mit Zandermarken betrieben. Da die ärmere Bevölkerung den neuzeitlichen festgesetzten hohen Preis für Zucker nicht erwidern kann, werden die Marken, wiewohl sie nicht übertragbar sind, an Schleihhändler und Schieber aus Kongresspolen und Galizien verkauft, die denn auch massenhaft Zucker hier ankaufen, um ihn in den anderen Teilgebieten zu noch bedeutend höheren Preisen abzusetzen. Uns sind Fälle bekannt geworden, daß die Schleihhändler für eine Zuckermenge 50–60 Mark gezahlt haben, ein Betrag, der den Zuckerpriß um das Doppelte übersteigt. Für die Beamten des Zuckeramts bietet sich hier ein Feld weitgehendster Betätigung zum Schutze unseres ganzen Teilgebiets.

Der Diktator liegt der heutigen Nummer bei, worauf wir unsere Leser hiermit aufmerksam machen.

Kurzbericht.

mitgeteilt von der Deutschen Volksbank Bromberg. Die Notierungen der Polnischen Landesdarlehnskasse sind heute unverändert.

* Warschau, 21. Januar. (P.M.) — Börsenbericht der Warschauer Börse vom 21. d. M.: Zarenrubel zu 500: 537,50 bis 520. Dumarubel zu 250: 80–82. Dollars der Vereinigten Staaten Einkauf 820, Verkauf 950. Kanadische Dollars Einkauf 650, Verkauf 720. Französische Franken Einkauf 58, Verkauf 61,50. Belgische Franken Einkauf 61, Verkauf 64,75. Schweizer Franken Einkauf 138, Verkauf 149. Pfund Sterling Einkauf 3300, Verkauf 3600. Deutsche Mark Einkauf 1350, Verkauf 1550. Österreichische Kronen Einkauf 120, Verkauf 130. Tschechoslowakische Kronen Einkauf 188, Verkauf 204. Dänische Kronen Einkauf 166, Verkauf 178. Norwegische Kronen Einkauf 161, Verkauf 173. Rumänische Lei Einkauf 11,50, Verkauf 13. Italienische Lira Einkauf 31, Verkauf 34. Finnische Mark Einkauf 24, Verkauf 27, Überweisung 26–29. Holländische Gulden Einkauf 290, Verkauf 315.

* Birnbaum (Niedzyschów), 21. Januar. Dieser Tage wurde die Braunlohengrube in Sierakow bei Birnbaum (Bergwerksgesellschaft Alara und Walbemar) feierlich eingeweiht. An der Feier nahmen die Vertreter der Behörden, mehrere Abgeordnete, sowie Vertreter der Industrie und des Handels teil. Der Vorsitzende der Gesellschaft Dr. Gacia, der Direktor der Handelsbank in Posen, hob die Notwendigkeit hervor, die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Einklang zu bringen und die gegenseitigen Beziehungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Industrie zu pflegen. Die polnische Blätter mitteilen, erreicht die Kohlenförderung in Sierakow aus dem einen Schacht „Koscinzko“ eine tägliche Menge von 1000 Waggons, bei einem weiteren Ausbau der Grube soll die Menge um das Vielfache erhöht werden. Nach der Analyse ist das Brennmaterial erstklassiger Qualität.

* Jozefowo, 21. Januar. Vor einigen Tagen wurden bei Antonienhof vier Hamster abgefangen, die sich mit über 100 Pfund Butter über die Rebe überziehen und die

Butter nach Schneemühl verschleppen wollten. Die Butter wurde ihnen abgenommen, ferner wurden sie zur gerichtlichen Bestrafung aufgeschrieben.

* Dirschau, 21. Januar. Um der herrschenden Not zu steuern, soll die Volksschule nächsten Mittwoch eröffnet werden. Die Schulausgabe findet pünktlich von 11–12 Uhr statt. Die Landwirte haben in dankenswerter Weise für den Beginn Naturalien zur Verfügung gestellt. In die Bewohner der Stadt geht die Bitte, die Sache mit Geldspenden zu unterstützen.

* Graudenz (Grudziadz), 21. Januar. In der letzten Sitzung der Stadtvorordnetenversammlung wurde bei dem Bericht über die Prüfung der Stadthauptkasse für den Monat Dezember 1920 festgestellt, daß von den von der Stadt ausgegebenen Notgeldscheinen usw. 600.000 Mark an Scheinen und 55.400 Mark an Notgeld unbrauchbar befunden und daher durch Feuer vernichtet worden sind.

* Puzia (Puck). Ein schweres Fliegerunglück ereignete sich auf der Pukiger Flugstation, dem zwei Mann zum Opfer fielen. Ein Flugzeug größeren Stils stieg mit 1 Führer, 1 Beobachter und 3 Herren zum Übungsfluge auf. In 20 Meter Höhe geriet das Flugzeug ins Schwanken, überschlug sich und sank mit den beiden Tragflächen ins Wasser. Kantor Gierzawski aus Puzia, der in der Plutis sich befand, hatte dieses alles mit angesehen und ruderte mit seinem Boot zur Unfallstelle. Er rettete zwei der Verunglückten, die auf den Schwimmern landeten. Der Führer, Beobachter und ein Passagier befanden sich noch in der Kabine, die schon voll Wasser war. Der Reiter schlug mit dem Ruder die Außenwand der Dede ein und der eine der Eingeklemmten wurde gerettet. Herr G. versuchte, auch die anderen beiden zu retten, aber leider war es nicht mehr möglich. Später wurden die Leichen der beiden Verunglückten geborgen.

* Thorn, 21. Januar. Der Copernikus-Verein für Wissenschaft und Kunst wird die neue Reihe der Volkshochschulkurse Anfang Februar beginnen. Während die Vorträge bisher die Gebiete der Geschichte, Kunst und Literatur umfaßten, soll die neue Reihe die Hörer mit philosophischen und naturwissenschaftlichen Problemen bekannt machen. — Der jugoslawische Chor „Mladost“ kommt nach Thorn und gibt am Sonnabend, den 22. d. M., ein Konzert im Nationaltheater. Der Chor ist auf einer Sängerreise durch ganz Polen begriffen.

Aus dem Gerichtssaale.

ab. Bromberg, 22. Januar. Die Strafkammer verurteilte gestern wegen Diebstahls die vielfach verurteilte beruflose 37-jährige Martha Klimkiewicz, hier seit dem 2. November 1920 in Haft, zu sechs Monaten Gefängnis, und den Händler Jan Kolski aus Schwedenhöhe wegen Schleicherei zu einem Monat Gefängnis. Klimkiewicz hatte einer Arbeiterin in Schwedenhöhe Kleidungsstücke im Werte von 2400 Mark gestohlen und Kolski hatte ihr beim Verkauf der gestohlenen Sachen im Kreise Pniewoclaw, Hilfe geleistet. — Wegen Unterschlagung wurde der Arbeiter Franz Lotoski aus Samotischin, Kr. Kolmar (Pos.), hier in Haft, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte im November und Dezember 1920 in Samotischin und Umgegend Gelder zur Gründung eines Konsumvereins gesammelt und etwa 6400 Mark unterschlagen. — Wegen Kindesmordes wurde die 24-jährige Arbeiterin Jadwiga Poruszynska aus Galizien, hier in Haft, die ihr uneheliches Kind am 15. Oktober 1920 im Kreise Schwes gleich nach der Geburt getötet hatte, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Bermischtes.

* Paul bei einem Märchen Vortrag. Am vergangenen Mittwoch sollte in der Kleinfäurer Schule in Breslau ein vom „Jugendkampf“ in der Schule des Oberstabsarztes veranstalteter Märchen Vortrag mit Lichtbildern stattfinden. Obwohl der Vortrag erst um vier Uhr stattfinden sollte, hatten sich schon um 2 Uhr etwa 1500 Kinder eingefunden, um einen möglichst guten Platz zu ergattern. Der Vortrag sollte in einem Kellerraum stattfinden, der höchstens 300 bis 400 Personen faßt, und zu dem eine 1½ Meter breite Treppe herunterführt. Man kann sich denken, was für ein Gedränge auf dieser Treppe entstand, zumal niemand von den Veranstaltungern anwesend war. Die Folgen blieben nicht aus. Eine Anzahl von Kindern wurde infolge des Gedränges und der schlechten Luft ohnmächtig und erstickte. Als endlich jemand von den Veranstaltungern erschien, wurde die Feuerwehr gerufen, die den dicken Rauch aueninandergepreßter Kinderleiber auflöste. Zwölf Kinder wurden ins Allerheiligen-Hospital, neun ins St. Georgs-Krankenhaus eingeliefert. Fünf der Kinder sind bereits gestorben.

Wasserstände. Mitgeteilt von der Inspektion Dyła Wodnych (Wasserbauamt) in Bydgoszcz am 22. Januar.

Pegel zu	Wasserstände				Ge- stiegen um m	Ge- fallen um m
	Tag	m	Tag	m		
Weichsel:						
Warschau	—	—	—	—	—	—
Thorn	—	—	—	—	—	—
Schleife 1	21.	3,68	22.	3,68	—	—
Brähe:						
Schleife 2 D.-Pegel ..	21.	5,90	22.	5,86	—	0,04
Bromberg W.-Pegel ..	21.	2,26	22.	2,24	—	0,02
Goplosee: Kruszwiz ..	—	—	—	—	—	—
Der demnächstige Tiefgang für die kanalisierte Brähe . . . 1,40 Meter						
für den Bromberger Kanal . . . 1,40 Meter						
für den Oberneigelskanal . . . 1,20 Meter						
Tiefgang der Oberbrähe an den Siegeleien Gyzylowo und Ludwigshof beträgt 1,00 Meter.						

Sampschleifleitung: Richard Contag, verantwortlich, für den politischen Teil: Karl Hilliger, für den übrigen Teil: Johannes Krufe, für Anzeigen und Reklamen: E. Kallmeyer, Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Belohnung!

dem Wiederbringer meines am Sonnabend, nach 3 Uhr, entlaufenen Hundes — Farbe: fuchsgrau — über demjenigen, der mir den Aufenthaltsort nachweist, 1.000 Danziger Mk. (Gdansk) 104, 140.

Kaufe alte, Kopierbüch. beidseitig benutzte, 1000 Blatt (weiß) und zahle für 1000 Blatt (weiß) 35 Mark.

M. Berger, ul. Sm. Trójcy (Berlinerstr.) 15. Ausw. können mich d. Karte erreicht. D.h. w. auch Nachsch. Briefe zu taufen gesucht. 124

Bettmäßen

bei Kindern sowie Erwachsenen, jede Garantie für sof. Befreiung. Alter u. Gewicht angeben. Kostenl. Auskunft ert. Hygienischer Verband Rosa Zwernitz, München 78, Neureutherstr. 12.

Speiseöl

neu eingetroffen. Setmaksta (Zuilenstr.) 25. Baden.

